

Eine Initiative aus Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens plant ein neues Referendum, mit dem das Friedensabkommen verteidigt und die Regierung veranlasst werden soll, die Umsetzung der Vereinbarungen entschlossener voranzutreiben. SEMANA berichtet am 21.2.2019:

Ein Stimmzettel für den Frieden: Kommt die Entscheidung zwischen Ja und Nein wieder?

Mit dem Start der Initiative „Verteidigen wir den Frieden!“, einer Bewegung, die sicherstellen will, dass die Vereinbarungen von Havanna eingehalten werden, verteilen sich die Figuren auf dem Schachbrett nach denselben Parametern der Polarisierung, die schon beim Referendum von 2016 galten. Worum geht es?

Zwei Jahre nach dem Sieg des „Nein“ beim Referendum von 2016 erwachsen aus der Asche jene Kräfte neu, die damals für das Friedensabkommen stimmten. Bogotá ist Schauplatz, wo Bewegungen, die durch die sozialen Medien wabern, Form annehmen.

#Verteidigen wir den Frieden, #ich verteidige den Frieden, #Duque soll das Gesetz zur Übergangsgerechtigkeit unterschreiben (aus dem Spanischen übersetzte Titel, A.d.Ü.) sind einige der Hashtags, mit denen die Nutzer in diesen Tagen über Twitter ihre Unterstützung der Umsetzung des Abkommens kundtun. Und am anderen Ufer tritt man hervor mit den Überschriften: #Mit der JEP (span. Abkürzung für die Übergangsgerechtigkeit, A.d.Ü.) gibt es keinen Frieden und #JEP bedeutet Straflosigkeit. Und sie tun es mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie die Schlacht um Unentschlossene davon überzeugen wollten, dass sich das Abkommen gegen essenzielle Werte aller Kolumbianer richte.

Die Verzögerung durch Präsident Duque bei der Inkraftsetzung des Durchführungsgesetzes zur JEP, welches ihr Funktionieren regeln soll, wurde zu dem Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und am Mittwoch dieser Woche die Aktionen in Gang setzte.

Im Auditorium Porfirio Barba Jacob des Kulturzentrums Gabriel García Márquez in der Hauptstadt versammelten sich mehr als hundert Politiker, Aktivisten, Anführer, Opfer, Akademiker, Journalisten, Künstler, Studenten und Mitglieder beider Delegationen, die am Verhandlungstisch in Havanna gesessen hatten, um der Bewegung ein Gesicht zu geben. „Wir sind Männer und Frauen mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen, aber uns eint der Verfassungsauftrag, der lautet: Der Frieden ist ein Recht und eine unveränderliche Pflicht“, so hieß es in dem ersten vorgelegten Dokument.

Humberto de la Calle (Delegationschef der Regierung bei den Verhandlungen, A.d.Ü.), Guillermo Rivera, Clara Rojas Abgeordnete, war Gefangene der FARC, A.d.Ü.), Antanas Mockus (Exbürgermeister von Bogotá, A.d.Ü.) und weitere Politiker und Verhandlungsteilnehmer sowie die Parlamentsfraktion der FARC waren einige, die sich in dem kleinen Gelände versammelt hatten um ihre Besorgnisse auszudrücken und Aktionslinien festzulegen, an denen sie die Verwirklichung des Friedensabkommens ausrichten wollen. Juan Fernando Cristo ergriff als Erster das Wort. Er begrüßte die Anwesenden und lobte den Widerhall, den der Aufruf zu dem Treffen gefunden hatte, dessen Vorbereitung seit Dezember im Gang gewesen war. „Es sind viele Sorgen, die wir haben“, sagte der frühere Minister, nachdem er eine Liste festgestellter Bedrohungen des Abkommens verlesen hatte: Morde an Führern sozialer Bewegungen, mangelnde Finanzmittel für vereinbarte Maßnahmen und die Probleme der JEP, in vollem Umfang funktionsfähig zu werden.

Anschließend wurde die Eilbedürftigkeit der Gründung einer Bewegung hervorgehoben und die Teilnehmer riefen mit ihren Unterschriften die Bewegung „Verteidigen wir den Frieden“ ins Leben. Es gibt nur diesen Namen, ein Logo oder Emblem existiert nicht, wohl aber ein Kranz von Besorgnissen, über die auch ohne Debatte Konsens bestand. Jedenfalls war dies das vorherrschende Gefühl, das

Senatorin Juanita Goebertus auslöste, als sie bekanntgab, welche detaillierten Kontrollen auf den Nationalen Entwicklungsplan anzuwenden sind. Im Kongress hat man gerade begonnen, dieses Thema zu diskutieren, wobei es nach Ansicht der Senatorin ungewöhnlich ist, dass der Plan kaum etwas enthält über einen Rahmenplan zur Umsetzung des Friedensabkommens, von dem noch die Rede war, als sich der Staat an die Implementierung der Vereinbarungen von Havanna machte.

Die Liste ist lang:

1) Es ist die Rede von der Entschädigung von 282.000 Opfern weniger als für die vorausgegangene Vierjahresperiode.

2) Es fehlt jede Zielgröße für die rückzuübereignenden Ländereien.

3) Es wird nicht eingegangen auf die 13.000 früheren Kämpfer der FARC, die im Planungszeitraum ihren Reintegrationsprozess abschließen sollen.

4) Als Ziel für die Beseitigung und Ersetzung illegaler Pflanzungen werden lediglich 64.000 ha genannt.

5) Friedensbezogene Teile des Staatshaushalts werden nicht so ausgewiesen, dass der gesamte Mitteleinsatz für den Frieden erkennbar würde.

6) Es ist nicht sichergestellt, dass die Haushaltsmittel für die am stärksten vom Konflikt betroffenen Zonen vorrangig den Zonen zukommen sollen, für die Territoriale Entwicklungspläne bereits erarbeitet wurden.

„Ist das „dumme Vaterland“ zurückgekehrt, oder war es nie verschwunden?“, fragte Humberto de la Calle. „Den Frieden haben wir gut geschafft, aber mit dem Nachkonflikt tun wir uns schwer“, sagte Juan Camilo Restrepo (früherer Regierungskommissar für den Frieden, A.d.Ü.). Ich beziehe mich auf meine physische Verfassung, um der Regierung zu sagen: „Wackelt nicht so wie ich!“, urteilte Antanas Mockus (früherer Bürgermeister von Bogotá, A.d.Ü.) und löste große Heiterkeit aus. „Wir müssen jetzt von Worten zu Taten übergehen“, schlug die NGO Redepaz vor. „Danke für die Hilfe beim Aufsammeln der Scherben und dabei, sie wieder zusammensetzen“, teilte Timochenko den Anwesenden mit.

Mit der gleichen Nostalgie, welche die Hälfte des Landes berauscht hatte, nachdem beim Referendum 2016 das Abkommen abgelehnt wurde, organisieren sich nun erneut die Meinungsmacher, um Arbeit zu leisten und um zu zeigen, dass sie durchaus nicht losgelöst sind von der Stimmung an der Basis. Vor drei Jahren genühten die Leitartikel, Erklärungen von Künstlern, Aussagen von Opfern und Bezeugungen des Verzeihens nicht, um die Bedenken vieler bezüglich des Referendums zu überwinden. Deshalb will man diesmal über Aktionen die Herzen der Mehrheit gewinnen, indem man einen ganz einfachen Vorschlag den Leuten nahebringt: „Der Frieden“.

Obwohl erste Aktionen bereits auf den Weg gebracht wurden, indem man die Bewegung der Bevölkerung vorstellte und einen Brief an Präsident Duque richtete, in dem man ihn auffordert, das Durchführungsgesetz zur JEP in Kraft zu setzen. Weiter hat man ein paar Vorschläge lanciert, die auf den ersten Blick bereits ein Echo auslösten: Einen Fragebogen für die Kommunalwahl im Oktober, mit dem die Kolumbianer gefragt werden sollen, „ob sie den Frieden oder zum Krieg zurückkehren wollen“, Erkundungsbesuche für die Bürger in früheren Konfliktzonen, auch in Begleitung früherer Kämpfer, wodurch die Kolumbianer aus erster Hand kennenlernen sollen, welchen Ertrag ein geschlossenes Abkommen mit der FARC erbringt. Auch schlägt man die Einrichtung einer modellhaften humanitären Zuflucht in Bogotá vor, wo man in sechs Tagen selbst erfahren kann, welche Rolle und welche Risiken Tausende in den ehemaligen Kampfgebieten tragen.

„Ausgelöst von der Unterzeichnung des Abkommens begann das Land einen hoffnungsvollen Wandlungsprozess zu erfahren. Erstmals in der langen Geschichte des bewaffneten Konflikts bemerkte man Ereignisse, welche die Möglichkeit eines umfassenden und dauerhaften Friedens realistisch erahnen ließen, einen Prozess, der freilich nicht frei von Rückschlägen sein würde, von eiskalten politischen Kontroversen, von teilweisen und zeitweiligen Niederlagen. Die immensen eigenen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines historischen Wandels innewohnen, aber auch ein Prozess, gegen den sich Kräfte wenden, die ihn schwächen oder sogar zerstören wollen, um uns auf diese Weise in einen neuen Zyklus allgemeiner bewaffneter Gewalt zurückzuwerfen“, brachten die Sympathisanten in der schriftlichen Erklärung zum Ausdruck.

Aber das Treffen im Zentrum von Bogotá wird mehr sein als nur eine symbolische Geste. Noch nie zuvor befand sich die Umsetzung des Friedensabkommens in einer so kritischen Phase. Sechs Monate nachdem Präsident Duque sein Amt angetreten hat, ist alles noch offen. Nicht allein wie die Übergangsjustiz verfahren soll, sondern ebenfalls muss sich erst noch zeigen, welcher politische Wille vorhanden ist, um die Projekte voranzutreiben, von denen man den örtlichen Gemeinschaften versprochen hatte, man werde sie in Gang setzen nach dem Ende des Konflikts mit der FARC.

Auch wenn die Gemüter sich etwas beruhigt haben, vibriert das Land unter einer Polarisierung, wie es sie vorher fast nicht gegeben hat und die sehr jener ähnelt, die man vor drei Jahren spürte. Aber diesmal geht es nicht darum, mit Ja oder Nein zu stimmen, sondern darum anzutreten oder nicht zur Verteidigung der Umsetzung der Vereinbarungen, mit denen man Millionen Kolumbianern versprochen hat, ihr Leben werde sich ändern.

Einige erkennen im Szenario der Polarisierung Parallelen zum „Prozess 8000“ (Sah Amnestien für Politiker vor, die wg Geldwäsche u.a. Delikten angeklagt waren, A.d.Ü.) unter der Regierung von Präsident Ernesto Samper in den 90er Jahren. Aber was begann als feindlicher, aber doch eher persönlicher Zusammenstoß zwischen Präsident Juan Manuel Santos und seinem Vorgänger Álvaro Uribe, hat sich in tausenden Kolumbianern eingemischt, die heute mehr als je zuvor die Fahnen ergriffen und sich für eine Sache einsetzen, die jedenfalls weit über die persönliche Verbundenheit mit einem Expräsidenten hinausgeht.